Vermehrt das Positive hervorheben

Autor(en): **Schüepp-Fischer, Annelies**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **39 (1983)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844341

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Marianne Pestalozzi (EVP), geboren 1928. Zürich, Wahlkreis V. Lehrerin für Krankenpflege (Krankenschwester). Seit 1981 Kantonsrätin.

erlangt werden (typische Frauenberufe haben ein tiefes Lohnniveau), also kein Thema für Politiker.
Zunehmend werden ledige Frauen selbstbewusster, sind bereit und fähig, gute Berufsarbeit zu leisten, fordern deshalb aber auch Aufstiegsmöglichkeiten. Folge: Tendenz zu vorsichtiger Zurückhaltung, aus Unbehagen und Angst vor der Konkurrenz am Arbeitsplatz.
Eine weitere Tatsache ist, dass Ehepaare, vor allem auch die verheirateten Frauen, oftmals wenig wissen über die Lebenssituation der ledigen Frau. Sie bringen ihr nur in geringem Mass Verständnis entgegen oder lehnen sie als Bedrohung oder als Bevorzugte (Konkubinatspaare) ab.
Unter diesen Voraussetzungen kann eine Gleichberechtigung zwischen verheirateten und ledigen Bürgern nur mit grosser Mühe angestrebt werden.

Wodurch wird die ledige Frau benachteiligt?
Dazu einige Beispiele:

In unserem Kanton wir der Bürger nicht nur aufgrund von Einkommen und Vermögen, sondern auch nach Zivilstand besteuert. Bei der Änderung des Steuergesetzes letztes Jahr wurde der Abstand zwischen den beiden Tarifen zuungunsten der Ledigen vergrössert aus Ärger über die Steuersituation der kleinen Minderheit im Konkubinat lebender Ledigen!

Es wurden in unserem Kanton noch nie Möglichkeiten erwogen, um einer ledigen Frau, die wegen Pflege langzeitkranker Angehöriger ihre Berufstätigkeit einschränken muss, die sich ergebende Lohneinbusse zu vergüten, obwohl sie dem Staat und auch den Krankenkassen, die an Pflege zuhause nur freiwillige Beiträge zahlen, erhebliche Auslagen erspart.

Im Bereich der Sozialversicherungen gibt es weitere Benachteiligungen. Dies befremdet umso mehr, als die Ledigen aufgrund der gleichen Lohnprozent-Abzüge laufend Solidaritätsleistungen erbringen zugunsten der Renten für Hinterlassene und invalide Familienangehörige. Aus diesem Grunde muss von den Ledigen auch die diskutierte Möglichkeit einer Kranken- und Mutterschaftsversicherung auf der Basis von Lohnprozenten entschieden abgelehnt werden. *Marianne Pestalozzi*

Vermehrt das Positive hervorheben

Seit jeher hat mir die Mitarbeit in der Öffentlichkeit – in Pfarrei und Gemeinde – viel bedeutet. Mehrere Jahre arbeitete ich im Vorstand des Frauenvereins unserer Pfarrei sowie im Kantonalen Frauenbund mit. Vor zehn Jahren wurde ich in die Bezirksschulpflege gewählt. Dabei geht es darum, in drei Gemeinden insgesamt zwölf bis fünfzehn Schulabteilungen zu besuchen und am Ende des Schuljahres die Arbeit des Lehrers in einem schriftlichen Bericht zu beurteilen und zu würdigen. Seit neun Jahren bin ich im Gemeindeparlament tätig, zur Zeit als Mitglied des Ratsbüros. Ich setze mich vor allem für den sozialen Wohnungsbau und die Belange von Schule und Jugend ein, wie zum Beispiel mit einem Postulat zur Förderung der nachschulischen Jugendarbeit. Neben meiner

Liberal denken– Sozial handeln

Der LdU ist eine sozial-liberale Partei. Er weiss, dass einseitig soziale oder liberale Weltanschauungen und Programme zur Aufblähung des Staatsapparates und zur Schuldenwirtschaft oder zum Diktat der Mächtigen und Reichen führen. Das liberale Denken sichert uns Gedankenfreiheit, die Möglichkeit zur Kritik und eine freie, leistungsfähige Wirtschaft. Das soziale Handeln bindet die Freiheit dort, wo es um den Schutz des Menschen und der Umwelt geht. Nur eine liberale Wirtschaft mit sozialer Verantwortung nützt allen. Darum ist der Landesring sozial-liberal.

Landesring

Darum wählen Sie mit
Liste 21 und als Regierungsrat
Alfred Gilgen

Landesring der Unabhängigen

Aufgabe als Hausfrau und Mutter bin ich in Teilzeit im Redaktionsteam der christlichen Frauenzeitschrift «Mirjam» ehemals «ancilla» tätig. Bei meiner Tätigkeit versuche ich in erster Linie, den anderen anzuhören, seinen Standpunkt in die eigenen Überlegungen miteinzubeziehen und, ohne mir selber untreu zu werden, eine für alle Seiten annehmbare Lösung anzustreben. In einer Zeit, in der Pessimismus und starke Gegensätze überwiegen, sind vermehrt wieder positive Seiten hervorzuheben. Leitbilder und klare Linien sind in unserer Gesellschaft auch heute unerlässlich; die Lösung im einzelnen, das Umsetzen in den Alltag, erfordert jedoch viel Verständnis, Beweglichkeit und Offenheit. Ich versuche, neue Situationen zu erkennen und die grossen Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen.

Bei meiner politischen Tätigkeit geht es mir nicht darum, die Rolle der Frau in der Politik besonders hervorzuheben. Es hat mir seit jeher Freude bereitet, mich für die Öffentlichkeit einzusetzen, in Pfarrei und Gemeinde jene Dienste zu übernehmen, die gerade nötig waren. Politik bedeutet für mich, auf die verschiedenen Probleme der Menschen jeden Alters einzugehen, ihre Anliegen im vielseitigen politischen Spannungsfeld einzuordnen und zu vertreten. Wesentlich ist für mich, mithelfen zu dürfen, tragfähige Gemeinschaften aufzubauen, die sich je nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen wandeln.

Es wäre bestimmt zu wünschen, ja sogar dringend notwendig, dass auch die Frauen vermehrt ihre Kreativität und ihre Fantasie, ihr Empfinden und ihre Spontanität in die Politik einbringen würden. Es ist jedoch schwierig – und gefährlich, Vorteile der Frauen darstellen oder gar allzusehr hervorheben zu wollen. Die oben erwähnten Eigenschaften sind ja nicht etwa nur der Frau zu eigen, sondern sie sollten das Menschsein der Männer wie der Frauen in

Annelies Schüepp-Fischer (CVP), geboren 1936. Wädenswil.

der ihnen eigenen Weise entfalten und zum Tragen bringen. Dass sich auch die Frauen in der Politik einsetzen und ihre Meinung einbringen sollen, ist für mich daher selbstverständlich.

Oft scheint es mir, als ob Frauen in der Politik besonders beachtet und ihre Voten besonders ernst und kritisch beurteilt würden. Vielleicht liegt dies nur daran, dass die Frauen in der Politik noch viel weniger vertreten sind. In der CVP Wädenswil hat sich die Integration der Frauen wie von selbst ergeben. Frauen sind in

Endlich sind alle Bündner Frauen politisch mündig

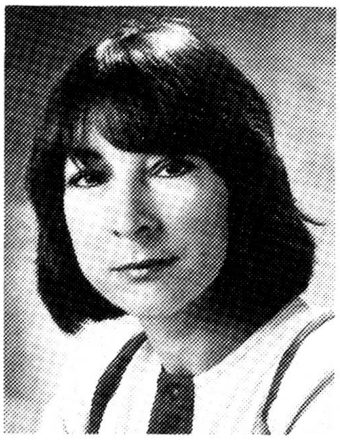
In der kantonalen Abstimmung vom 27. Februar stimmten die Bündnerinnen und Bündner mit 20 157 zu 11 844 Stimmen einer entsprechenden Teilrevision der Kantonsverfassung und gleichzeitig einer damit verbundenen Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte zu. Danach wird das Frauenstimm- und -wahlrecht in allen 213 Bündner Gemeinden *obligatorisch* eingeführt. Mit diesem Entscheid ist die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Mann und Frau in bezug auf die politischen Rechte auf allen politischen Ebenen des Kantons Graubünden verwirklicht worden.

Merke: Nur eine Woche vor der kantonalen Abstimmung hatte die Gemeindeversammlung von Bivio, eine der letzten 13 Bündner politischen Männerbastionen, mit 21:6 Stimmen zum vierten Mal den Frauen die Gleichberechtigung verweigert...

Behörden, Parlament und Kommissionen sehr gut vertreten und fühlen sich nicht benachteiligt.
Meinungsunterschiede und die Auseinandersetzung damit in aller Offenheit gehören für mich zur Politik in der Gemeinde wie in der Partei. Andererseits ist die Triebfeder für meine politische Arbeit das Bewusstsein, dass Konsens errungen werden kann und dass politische Probleme durch gemeinsame Arbeit und Anstrengung gelöst werden können. Ich bin darauf angewiesen, in meiner Partei akzeptiert zu werden, Leute aller Altersstufen und Berufe verstehen zu lernen, Gemeinsamkeiten herauszuschälen und dadurch gegenseitig wertvollle Kontakte zu erfahren.

Annelies Schüepp-Fischer

Auch Pflichten übernehmen



Mein Hauptinteresse gilt der Frau in unserer Gesellschaft.
Ich sehe die Frau als gleichberechtigte Partnerin des Mannes mit vielfältigen Aufgaben, sei dies als Mutter, als Hausfrau, als Berufsfrau, als Künstlerin und als aktive Staatsbürgerin ihren natürlichen Funktionen, ihren Neigungen und ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechend.
Ich bin überzeugt, dass Frauen durchaus fähig und willens sind, nicht nur gleiche Rechte zu verlangen, sondern auch Verantwortung und Pflichten zu übernehmen. Mit meinem Einsatz im Beruf und mit der Bereitschaft, ein öffentliches Amt zu übernehmen, möchte ich mithelfen, dies aufzuzeigen.
Aufgrund meiner Voraussetzungen interessiere ich mich besonders für Wirtschafts- und Finanzfragen sowie für Organisationsprobleme.
Ich befürworte die freie soziale Marktwirtschaft und trete ein für Eigenständigkeit und Eigenverantwortung. Ich stehe ein für einfache, überschaubare Organisationseinheiten – sei dies beim Staat oder in der Wirtschaft –, da diese effizienter und flexibler arbeiten und so den Bedürfnissen der Menschen besser entsprechen.

Christine Ungricht

Christine Ungricht (SVP), geboren 1947. Urdorf. Direktionssekretärin mit Prokura.

Diese Kandidatinnen haben sich auf unseren Aufruf in der «Staatsbürgerin» Nr. 1/2 gemeldet. Wir stellen sie in alphabetischer Reihenfolge vor:

Lydia Benz-Burger, Bonstetten
LdU, Bezirk Affoltern a.A.

Lydia Benz-Burger setzt sich seit 25 Jahren (1957 wurde sie Vorstandsmitglied des Frauenstimmrechtsvereins Zürich) für die Besserstellung der Frau ein. Sie war dreizehn Jahre lang Redaktorin der «Staatsbürgerin» (ehrenamtlich) und Präsidentin des Initiativkomitees «Gleiche Rechte für Mann und Frau». Als Mitglied der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission,der Expertenkommission für die Totalrevision der Bundesverfassung, der Aufsichtskommission der Kantonalen Maturitätsschule